

Inhalt

1	Alter Wein in neuen Schläuchen? Linker Extremismus in Deutschland – ein Überblick	7
1.1	Verletzt ein Antifa-Button die Würde des Deutschen Bundestages?	7
1.2	Warum »Wir gegen die« nicht weiterführt	10
1.3	Historische und aktuelle Schlaglichter eines vielfältigen Phänomens	11
1.4	Über das Buch	17
2	Was ist eigentlich »Extremismus«? Und was ist eigentlich »links«?	20
2.1	Extremismus und Demokratie – wie Feuer und Wasser?	20
2.2	Linksextremismus	25
2.3	Alternativbegriffe – Populismus, Linksradikalismus und linke Militanz	28
2.4	Ideologiefamilien	33
3	Warum ist der Linksextremismusbegriff umstritten?	37
3.1	Unberechtigte Kritik am Linksextremismusbegriff	37
3.2	Berechtigte Kritik am Linksextremismusbegriff	43
3.3	Warum der Begriff dennoch gerechtfertigt ist	46
4	Welche Forderungen sind demokratisch, welche linksextrem?	50
4.1	Kapitalismuskritik und demokratischer Sozialismus versus Systemüberwindung	50
4.2	Kampf gegen Rechtsextremismus versus linksextremistischen Antifaschismus	54
4.3	Freiräume versus rechtsfreie Räume	59

5	Was ist das Problem an linkem Extremismus?	63
5.1	Entschädigungslose Enteignung	63
5.2	Revolution und Gewaltpraxis	66
5.3	»Diktatur des Proletariats« und Antiparlamentarismus	70
5.4	Instrumentalisierung des Individuums	74
5.5	Abschaffung des Staates	76
6	Wer tritt zu Wahlen an?	80
6.1	Überblick und Wahlentwicklung	81
6.2	Ideologien und Ziele	87
6.3	Bündnisstrategien und Parteienorganisation	91
6.4	»Sonderfall« Die Linke	93
7	Wer agiert auf der Straße? – Autonome und Postautonome	98
7.1	Missverständnisse	98
7.2	Woher kommen und wer sind »die« Autonomen?	101
7.3	Selbstverständnis und politische Ziele	107
7.4	Entwicklung und Formen der Gewalt	111
7.5	Die Postautonomen	116
8	Wie gefährlich ist Linksextremismus?	119
8.1	Was ist mit linksextremistischer Gefahr eigentlich gemeint?	119
8.2	Wie gefährlich ist der Linksextremismus für das demokratische System?	122
8.3	Wie gefährlich ist der Linksextremismus für die innere Sicherheit?	128
9	Was tun?	133
9.1	Instrumente der wehrhaften Demokratie und ihre Anwendung	133
9.2	Strafverfolgung	140
9.3	Prävention und politische Bildung	145
	Quellen- und Literaturverzeichnis	149
	Bildnachweis	164

1 Alter Wein in neuen Schläuchen? Linker Extremismus in Deutschland – ein Überblick

1.1 Verletzt ein Antifa-Button die Würde des Deutschen Bundestages?

»Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Renner trägt an ihrem Revers einen Sticker der Antifa. Ich erteile ihr dafür einen Ordnungsruf [...] und behalte mir vor, nach Erörterung im Präsidium des Deutschen Bundestages weiter gehende Ordnungsmaßnahmen gegen sie zu verhängen« (hier und im Folgenden Deutscher Bundestag 2019c: 14067). Wolfgang Kubicki (FDP), Vizepräsident des Deutschen Bundestages, hatte einige Zeit gebraucht, um zu dieser Reaktion auf den Button der Linken-Abgeordneten Martina Renner zu gelangen. Den hatte sie sich angeheftet, um bei einer Plenardebatte am 26. September 2019 ihre Solidarität mit »der Antifa« zu bekunden, einer politischen Szene, die sich der Bekämpfung von Rechtsextremisten verschrieben hat und ebenso fluiden wie heterogenen Charakters ist (Hitzler/Niederbacher 2010: 34–39; Schuhmacher 2014: 71–81). Gegenstand der Sitzung war ein Antrag der AfD-Fraktion, der unter anderem eine Distanzierung des Bundestages von »der Antifa« forderte. Nachdem Renner ihre Argumente vorgebracht hatte, rief sie der Bundestagsvizepräsident zu sich, wohl durch Alice Weidel (AfD) aufmerksam gemacht. Diese hatte sich während Renners Rede mehrfach ungehalten gezeigt: »Die hat einen Antifa-Anstecker! Das ist ja unfassbar!« Kurze Zeit später: »Und tun Sie diesen Sticker ab! Von der Antifa! Was muss man sich hier alles bieten lassen! Diesen Sticker da! Sie sollten sich schämen! Sie sollten sich wirklich schämen!«

Die Episode steht beispielhaft für den schwierigen Umgang mit Linksextremismus: für die häufig zu beobachtende politische Instrumentalisierung, fehlende Äquidistanz und mangelnde Differenzierung. All dies ließ sich in wenigen Minuten im Bundestag in nuce beobachten.

Zur politischen Instrumentalisierung

Der AfD-Antrag forderte, dass »man sich gemeinsam und in glaubhafter Form gegen alle extremistischen Strömungen rechter, linker oder islamistischer Art einsetzt« (Deutscher Bundestag 2019b). Das klingt nach einem unverfänglichen Appell – wer kämpfte nicht gern für die offene Gesellschaft und ein gewaltfreies Miteinander? Doch wer den Kontext des Antrags ausblendet, der übersieht die Sprengkraft des Themas. Denn der Antrag nennt nur »die Antifa« namentlich. Wenn die Fraktion jener Partei, die zuvor vom Verfassungsschutz als Prüffall behandelt wurde und deren Jugendverband Junge Alternative und innerparteiliche Gruppe Der Flügel als »Verdachtsfall« eingestuft wurden, einen Antrag zum »antiextremistischen Konsens« stellt, erweckt das den Eindruck getroffener Hunde, die bellen: »Die anderen sind viel schlimmer.« CDU und CSU spielten lange Zeit ein ähnliches Spiel. Bei einer Analyse von Verbotsdiskursen kam die Politikwissenschaftlerin Julia Gerlach (2012: 476) zu dem Ergebnis: »Insbesondere Mitglieder der Union tendieren zu einer ostentativen, ritualisierten Abgrenzung, die oftmals zu Redebeiträgen über Linksextremismus führt, wenn es um Rechtsextremismus geht.« Der Kampf gegen (linken) Extremismus wird mithin schon seit Jahrzehnten dazu missbraucht, um von anderen Themen abzulenken. Das schadet, weil es die Glaubwürdigkeit der streitbaren Demokratie unterhöhlt, der Auseinandersetzung mit Linksextremismus.

Zur fehlenden Äquidistanz

Das Äquidistanzgebot ist jene Maxime, nach der Demokratiefeindschaft zu bekämpfen ist, egal aus welchem politischen Lager sie stammt. Nähme die wehrhafte Demokratie ausschließlich Rechtsextremisten oder »die Antifa« oder Islamisten ins Visier, übersähe sie nicht nur relevante Gefahren, sondern geriete auch rasch in den Verdacht, lediglich politisch unliebsame Opponenten zu drangsalieren. Ein Mangel an Äquidistanz ist es, der Politikern und Politikerinnen der Partei Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen von der AfD vorgeworfen wurde. Martin Hess (AfD): »Aber ein großer Teil dieses Hauses hat ein veritables Linksextremismus-Problem. Anke Domscheit-Berg von den Linken schrieb am 29. Juli auf Twitter: Ich bin Antifa. Am 29. Juli sagte Grünenchefin Baerbock bei der ARD: Für mich ist die Antifa nicht per se eine linksextremistische Organisation. Und ganz aktuell fordert Frau Renner auf Twitter: Mehr Personal bei der Antifa statt bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden« (Deutscher Bundestag 2019c: 14060).

Die Retoure folgte auf dem Fuß – und zwar nicht allein aus den Fraktionen von der Linken und den Grünen. Es war nicht schwer, der AfD den eigenen Mangel an Äquidistanz vorzuhalten. Kein Wort verliert ihr Antrag etwa über die Identitäre Bewegung, Combat 18 oder die Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. Stellvertretend für die Union äußerte sich unter anderen Christoph Bernstiel, der zunächst dem AfD-Antrag recht gab, indem er Kontakte zwischen der Linken und »der Antifa« anprangerte, dann aber sagte: »Aber damit Sie nicht denken, das sei hier eine einseitige Schelte der Linkspartei: Wir haben nicht nur ein Problem mit der Antifa hier im Deutschen Bundestag, sondern wir haben auch ein Problem mit den Neurechten der Identitären Bewegung und der sogenannten rechtsextremistischen Szene.«

Doch warum wirft Martina Renner der AfD nicht ihre mangelnde Äquidistanz vor? Die Begründung ist einfach, erkennt sie schließlich das Äquidistanzgebot selbst nicht an, wie folgender Passus nahelegt. Hier werden Vorwürfe erhoben, denen sich auch Befürworter des Äquidistanzgebotes ausgesetzt sehen: »Stattdessen möchte ich auf die unheilvolle Tradition der Abneigung gegenüber linker Politik und Antifaschismus im Besonderen hinweisen. Diese Tradition und die damit einhergehende Gleichsetzung von Faschismus und Antifaschismus, von rechts und links, sind verheerend, geschichtsvergessen und falsch. Wer käme eigentlich auf die Idee, Holocaustleugner und Holocaustforscher zum jeweiligen Befürworter zweier extremer Positionen zu erklären, deren Wahrheit irgendwo in der Mitte liegt? Wer würde behaupten, man müsste mit beiden Seiten reden?« Die Linke sieht im Äquidistanzgebot eine Diffamierung jedweder linken Politik und sähe stattdessen gern eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz verankert (vgl. Jelpke 2006). Dabei folgt aus dem Äquidistanzgebot keineswegs eine Gleichsetzung von »Faschismus« und »Antifaschismus«, von »links« und »rechts« und schon gar nicht von »Holocaustleugnern« und »Holocaustforschern«. Vielmehr ist zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus (wie gegen jede andere Form von Extremismus) begrüßenswert, weil eine Demokratie ohne einen gesellschaftlich relevanten Anteil an Menschen, der sie verteidigt, langfristig nicht existenzfähig ist. Nur: Wo Antifaschismus Menschen prinzipiell die Teilhabe- und Menschenrechte aberkennt, wo er ihnen die Menschenwürde abspricht und Gewalt legitimiert, schießt er gewissermaßen über das Ziel hinaus, weist er eine Parallele zum Rechtsextremismus auf. Und dagegen muss sich eine Demokratie wenden, will sie wehrhaft sein. Die Motivlagen spielen dabei keine Rolle, dürfen keine Rolle spielen, weil sonst unzulässig diskriminiert würde.

Zur mangelnden Differenzierung

Was spricht – ungeachtet der Instrumentalisierung des Themas durch die Politik – für eine Verurteilung extremistischer Umtriebe von »der Antifa« bis hin zu Combat 18? Warum gilt »die Antifa« in Teilen als linksextrem? Sollten sich Demokraten nicht freuen, dass jemand etwas gegen »Nazis« unternimmt? »Denn wäre die Antifa nicht da, gäbe es viel mehr Nazis in meinem Leben«, frohlockte der Journalist Sebastian Leber (2014) im *Tagesspiegel* vor einigen Jahren. Teile »der Antifa« gelten allerdings nicht deswegen als linksextrem, weil sie gegen Rechtsextremisten vorgehen oder links sind, sondern weil sie das staatliche Gewaltmonopol infrage stellen und selbst Gewalt gegen politische Gegner – das sind neben Rechtsextremisten auch Polizisten – anwenden. Wohlgemerkt: Teile. Es gibt keinen Antifa-Club oder Verein mit einer einheitlichen Ausrichtung, nur eine heterogene, in lokale Gruppen zersplitterte Szene, deren Mitglieder sich selbst als »Antifa« bezeichnen.

Wer sich umgekehrt etwa gegen Rechtsextremismus, soziale Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Sicherheitsmaßnahmen des Staates engagiert, ist deswegen noch lange kein Linksextremist, vorausgesetzt, die Spielregeln der konstitutionellen Demokratie bleiben gewahrt. Doch dass »die Antifa« etwas gegen »Nazis« unternimmt, macht sie nicht per se zu einer Verteidigerin der Demokratie. Das Sprichwort »Der Feind meines Feindes ist mein Freund« ist darum ein schlechter Rat beim Umgang mit Extremismus. Entscheidend ist die Haltung zu den Elementen des demokratischen Verfassungsstaates im Allgemeinen und zum Gebot der Gewaltfreiheit im Besonderen.

1.2 Warum »Wir gegen die« nicht weiterführt

Freund-Feind-Denken führt bei der Auseinandersetzung mit Linksextremismus aus drei Gründen nicht weiter: Erstens ist Linksextremismus nicht das »Gegenteil« von Rechtsextremismus, sondern Links- *und* Rechtsextremismus stehen – ebenso wie der Islamismus – mit den Prinzipien und Werten der konstitutionellen Demokratie auf Kriegsfuß, und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen. Das bedeutet weder, sie gleichzusetzen, noch heißt es, Links- und Rechtsextremismus würden einander nicht bekämpfen. Wer gegen Rassismus und übersteigerten Nationalismus auf die Straße geht, muss sich noch nicht mit Linksextremisten gemeinmachen; und wer Autonome und »die Antifa« ablehnt, muss noch kein verkappter »Nazi« sein. Auch in der Weimarer Republik bekämpften sich Rechtsextremisten (Nationalsozialisten) und Linksextremisten (Kommunisten) bis aufs Messer, beide wendeten sich aber darüber hinaus gegen die junge Demokratie.

Die blutigen Auseinandersetzungen führten zu Hunderten Toten, zumeist aufseiten der Kommunisten, die rechtsextremen Mörder erhielten lächerlich geringe Strafen. Der Mathematiker Emil Julius Gumbel (1922) wies in seiner Statistik darauf hin. Doch Extremisten zum Opfer zu fallen, macht einen noch nicht zum Demokraten.

Zweitens führt die »Wir-gegen-die«-Schablone zu Polarisierung und Bunkermentalität. Zählt nur die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (wir – die), spielt es kaum eine Rolle, *was* gesagt wird, sondern *wer* es sagt. Dadurch geraten anstatt einer inhaltlichen Auseinandersetzung einzelne Personen ins Fadenkreuz politischer Konfrontation. Wenn etwa »die Antifa« einzelne »Nazis« outet, verprügelt oder deren Autos anzündet, dürfte sie eher den Zusammenhalt und das politische Welt- und Feindbild am rechten Rand zementieren als der gesellschaftlichen Bedrohung durch Rassismus und Hassgewalt effektiv entgegenwirken. Ähnliches gilt für die Auseinandersetzung mit Linksextremismus: Es kann nicht darum gehen, einzelne Menschen oder deren Anliegen grundsätzlich zu disqualifizieren. Stattdessen sollte auf problematische Konsequenzen hingewiesen werden, die sich aus einzelnen ihrer Ziele und Mittel ergeben.

Drittens ist das Denken im Freund-Feind-Schema beim Linksextremismus hinderlich, weil es *den* Linksextremismus ebenso wenig gibt wie *den* Rechtsextremismus. Manche streben eine stalinistische Einparteiendiktatur an, andere untergraben »nur« das staatliche Gewaltmonopol, indem sie selbst Gewalt gegen politische Gegner anwenden. Manche unterwandern größere Organisationen, andere demonstrieren nur. Manche sind von einer einheitlichen Großideologie (z. B. Maoismus) durchdrungen, manche sympathisieren lediglich mit einzelnen Ideen (etwa »autonomen Freiräumen«). Manche betätigen sich in einer straff organisierten Kaderpartei, andere lehnen Autoritäten und Hierarchien rundheraus ab. Die Gegner der Demokratie sind also ebenso vielfältig, wie es die Demokratie selbst ist. Die Vielfalt beim Linksextremismus und dessen Aktualität zeigt ein Blick in die deutsche Geschichte.

1.3 Historische und aktuelle Schlaglichter eines vielfältigen Phänomens

Die KPD und ihr Verbot

Die erste größere linksextreme Bestrebung auf bundesdeutschem Boden war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Sie hatte nach zwölfjährigem Verbot 1945 die Lizenz zur Neuformierung von den Besatzern